

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Großbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Einverständnis bezogen für Deutschland und Österreich 16,00 M., für das übrige Ausland 21,00 M. jährlich. Saldo-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 68.

Die achtseitigen Hauptzeitschriften über deren Raum kostet 4,- M. einschließlich Zustellung. Kleinere Zeitschriften: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellung. Laufende Zeitschriften laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befunde 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Befunde in Monats-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4625, 4649, 4821

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Hochverratsprozesse gegen Arbeiter

### Herr Koch als Scharfmacher

Der bekannte Wind hat der „Leipziger Volkszeitung“ folgendes Dokument auf den Schreibtisch gebalgt:

Der Reichsminister des Innern,  
Ziffer II C. 4930.

Von radikaler Seite wird in letzter Zeit in Reden und Flugblättern für einen gewalttätigen Sturz der Regierung sowie für die gewalttätige Errichtung der Räterepublik und zu diesem Zwecke für eine Bewaffnung des Proletariats Propaganda gemacht.

Fälle, in denen gegen die Personen, welche diese hochverräterischen Bestrebungen leiten und für sie wirken, eingeschritten worden wäre, sind bisher kaum zu meiner Kenntnis gekommen. Ich habe daher Veranlassung genommen, die Landesregierungen zu ersuchen, die nachgeordneten Polizeibehörden anzuweisen, derartige Fälle von Hochverratsverdacht bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen. Ich bitte aber auch die Justizverwaltung zu veranlassen, daß sie die ihnen nachgeordneten Staatsanwaltschaften anweisen, auch von Amts wegen nachdrücklicher als dies in der letzten Zeit geschehen zu sein scheint, gegen alle hochverräterischen Bestrebungen vorzugehen.

An den Herrn Reichsjustizminister, Berlin, 18. 8. 1920.  
Abseits sende ich zur gest. Kenntniskonahme mit dem ergebensten Ersuchen, die nachgeordneten Behörden mit entsprechender Anweisung versehen zu wollen.

Im Auftrage gez. (Unterschrift.)

An die Landesregierung für Preußen: An den Herrn Minister des Innern.

Der Demokrat Koch, der das Reichsministerium des Innern verwaltet, wird also bereits bei dem Gedanken, daß sich Arbeiter bewaffnen könnten — obgleich ihnen gar keine Waffen zur Verfügung stehen. Die Bewaffnung des Bürgertums, der Orgelei und der Einwohnerwehren, das ist natürlich ganz etwas anderes. Der zum Uebertritt in die Stinnes-Partei längst reife demokratische Minister sieht die Gefahr nur links. Er hegt Polizei- und Staatsanwaltschaften auf das Proletariat. Dieser „Demokrat“ macht sich damit ganz offen zum willigen Kuli jener Kreise, die längst darauf warten, daß das Proletariat durch aus der Erregung geborene revolutionäre Erhebungen vor die Maschinengewehre der bewaffneten Macht der Reaktion getrieben wird. Er inszeniert Hochverratsprozesse ohne jeden Grund, obwohl er wissen muß, daß die Erregung im Proletariat durch ein solches Vorgehen ins Unendliche gesteigert werden wird. Die Erregung, die entstanden ist aus der einschneidenden wirtschaftlichen Not, und die erhöht wird durch die völlige Gleichgültigkeit, mit der Regierung, Behörden und Parlamentsmehrheiten dieser Not gegenüberstehen.

Herr Koch wird also immer mehr zu einer innerpolitischen Gefahr. Seine Politik ist geeignet, Wirren hervorzurufen und Zustände herbeizuführen, die Katastrophen verheißt ähnlich sehen dürften. Es ist allerhöchste Zeit, daß dieser Mann beseitigt wird, und wir richten erneut die Frage an die Reichssozialisten, ob sie auch weiterhin einem Kabinett, in dem Demokraten dieser Führung das „fortschrittliche“ Element darstellen, ihre Unterstützung zuteil werden lassen wollen.

## Die französische Kabinettskrise

Paris, 13. Januar (Havas).

Sämtliche Abgeordnete hoffen, daß die Ministertafel nur von kurzer Dauer sein wird, damit möglichst verhindert werde, daß die für den 19. Januar angelegte Interalliierte Konferenz vertagt werden muß. Für den Posten des Ministers des Auswärtigen werden Poincaré, Briand und Viviani genannt. Präsident Millerand wird heute die üblichen Besprechungen zur Lösung der Krise haben.

Die Betrachtungen über den Sturz des Ministeriums Legeres nehmen in der Presse einen breiten Raum ein. „Matin“ meint, die Schwere der Krise liege in dem nahen Vorstehen der Alliiertenkonferenz, auf der die Kontinuität der französischen Politik in Erscheinung treten müsse. Das Ministerium erfordere heute Männer ersten Ranges, besonders für die auswärtige Politik und für die Finanzen. „Echo de Paris“ ist der Ansicht, daß schon lange in der politischen Welt ein besorgniserregender Zustand herrsche. Die jetzt ausgebrochene unvorhergesehene Krise fordere nicht eine vorübergehende Lösung; es seien Männer notwendig, die sich den gestellten Aufgaben gewachsen zeigen. Die Regierung von morgen müsse durch Energie und Entschlossenheit ihren Willen zur Tat bekunden. Sider habe Legeres mit Rücksicht auf seinen Charakter den Sturz nicht verdient, aber man wolle ungerecht gegen die Kammer, wenn man in dem Vorstoß von gestern nicht den Ausdruck eines Gedankens sehen wolle. „Petit Journal“ meint, die bei der Abstimmung erzielte Mehrheit stehe in der Parlamentsgeschichte einzig da. Die Abstimmung gebe dem Präsidenten der Republik fast gar keinen Anhaltspunkt, doch könne man sagen, daß die Kammer

und das Land wünschten, daß das Ministerium von Männern mit weitem Blick besetzt werde, denn die Probleme der auswärtigen Lage und der Finanzen seien von größter Bedeutung. In der „Action Française“ wird gesagt: Jede Regierung in Frankreich wird durch den Versailler Friedensvertrag unmöglich. Jetzt werden Männer ans Ruder kommen, die wie die früheren die rückhaltlose Ausführung des Friedensvertrages veripprechen. Sobald sie aber ans Ruder gehen, werden sie bemerken, daß sie nichts erreichen können, ohne den Text des Friedensvertrages zu interpretieren.

### Englische Kommentare zum Sturz des Kabinetts Legeres

Urb. Tel. London, 13. Januar.

Die „Morningpost“ schreibt, daß als eine unmittelbare Folge die Konferenz des Obersten Rates entweder verschoben oder in London abgehalten werden würde. Das Blatt glaubt, daß der neue Premier unter Poincaré, Viviani, Barthou oder Jonnart zu suchen sein werde. Die „Times“ bedauert den Sturz des Kabinetts Legeres, der allerdings schon seit einiger Zeit vorauszu sehen war. Im gegenwärtigen Augenblick könne kein Kabinettswechsel irgendeine Veränderung in der von den Alliierten gemeinsam verfolgten Politik bringen. Das Blatt läßt sich von seinem Pariser Korrespondenten mitteilen, eine Folge des Kabinettswechsels werde die sein, daß Frankreich hartnäckiger als je auf den Punkten bestehen werde, zu deren Beratung die Konferenz einberufen würde, nämlich Deutschlands Entwaffnung und Wiedergutmachungen. Das Blatt meint, daß jede Verzögerung der Konferenz, die aber wahrscheinlich sein dürfte, Gefahren mit sich bringe, nicht nur, was die oben genannten Punkte anbelange, sondern was alle Punkte betreffe, in denen Deutschland Lücke zu gewinnen. Es befürwortet die Wiederherstellung des ökonomischen Lebens von Zentral- und Osteuropa durch die gemeinsamen Anstrengungen von Deutschland und Rußland. — „Daily News“ schreiben, ein Hauptgrund des Sturzes von Legeres liege in der Fälligkeit, die er stets in bezug auf den Friedensvertrag und dessen Ausführung an den Tag gelegt habe. Seine Unwissenheit bei der bevorstehenden Konferenz habe Grund zu der Hoffnung gegeben, daß die in letzter Zeit aufgetauchten Schwierigkeiten schnell und auf verhältnismäßigem Wege geregelt werden würden. Wenn sein Sturz bedeute, daß Frankreich immer noch auf dem Umwege in der Frage der Entschädigung bestehe, so seien die Aussichten für die Zukunft allerdings düster.

## Polnische Wirtschaft

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Kattowitz, den 13. Januar.

In der polnischen sozialistischen Presse tobt seit einiger Zeit ein heftiger Kampf gegen die Korruption und Verschwendungssucht in der polnischen Regierung. Jetzt hat kürzlich „Kobornik“ in einem langen Artikel darauf hingewiesen, daß der polnische Vertreter beim Völkerbund, Paderewski, für ein einziges Diner für 12 Personen in Genf nicht weniger als zweieinhalb Millionen Mark an Repräsentationskosten gefordert hat. Am 9. Januar schreibt der „Kobornik“ folgendes:

„In unserer gestrigen Nummer haben wir angefragt, ob es wahr ist, daß das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten vom Finanzminister eine Anleihe für den polnischen Gesandten in Brüssel, Herrn Sobanski, in Höhe von 30 Millionen Mark angefordert hat. Ein Mitarbeiter des „Progrod Wiecorne“ wandte sich zwecks Feststellung dieser Nachricht an den früheren Finanzminister Grabski. Es stellte sich heraus, daß diese Nachricht auf Wahrheit beruhe. Herr Grabski hat Herrn Sobanski eine Anleihe von 7000 Pfund Sterling gegeben. Das ist eine unerhörte Sache. Es ist die Erscheinung einer widerlichen Korruption und Vergeudung von staatlichen Geldern für persönliche Zwecke der polnischen Aristokratie. Wer hat Herrn Grabski das Recht gegeben, Millionen Summen aus dem Staatsschatz ruinierten Aristokraten zu geben? Die Sorge des Herrn Grabski um den polnischen Staatsschatz ist Heuchelei, wenn staatliche Gelder um ihm zu solchen Zwecken verwendet werden. Es muß noch hervorgehoben werden, daß Herrn Sobanski das Geld in englischer Valuta geliehen wurde. Unsere Regierung klagt dauernd, daß sie nicht über fremde Valuta verfügt, aber wenn es sich darum handelt, einem ruinierten Aristokraten auf die Beine zu helfen, findet sie sofort die beste Valuta. Er wäre interessant, von Herrn Grabski zu erfahren, wie viele solcher Transaktionen er noch abgeschlossen hat und wie viele Millionen aus dem Staatsschatz zur Verfügung anderer „Politiker“ und Führer des Pariser Nationalkomitees gemandert sind.“

## Der Streik in den Thyssenwerken

T. U. Duisburg, 13. Januar.

Die Betriebsrätekonferenz des Thyssenkonzerns in Duisburg, auf der die Stilllegung sämtlicher Thyssen'schen Werke in Rheinland und Westfalen beantragt war, lehnte nach längerer Debatte mit 36 gegen 21 Stimmen den Antrag ab. Am Abend lehnte die Vertrauensmännerversammlung sämtlicher Gewerkschaften der um Hamborn liegenden Werke ebenfalls einen Eintritt in den Sympathiestreik ab und war für Ausnahme von Verhandlungen mit der Werksleitung. Diese hat bereits wieder verschiedene Abteilungen des Werkes in Betrieb gesetzt. Die Bergleute in Hamborn haben ebenfalls die Arbeit wieder aufgenommen.

## Die Wohnungsluxussteuer

Unter dem Steuerbündel, das der Kammerer der Stadt Berlin der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt hat, ist wohl die bedeutsamste Steuer die Wohnungsluxussteuer. In dem größten Teil der Bevölkerung der unter der Wohnungsnot ungeheuer leidet, und der eine Beseitigung des gerade in Berlin scharf hervortretenden Wohnungsluxus für dringend notwendig hält, hat deshalb diese Steuerordnung bei ihrer Veröffentlichung das Gefühl ausgelöst, daß nun doch endlich einmal wenigstens der Versuch gemacht wird, dem unerträglichen Zustand, daß einem auf die Spitze getriebenen Wohnungsmanagel ein aufreizender Wohnungsluxus gegenübersteht, zu Leibe zu gehen.

Die Wohnungsnot steigt in Berlin unausgesetzt. Rund 100 000 Wohnungssuchende sind bereits bei den Wohnungsämtern angemeldet und harren dringend der Zuweisung einer Wohnung. Eng zusammengepfercht in kleinen Behausungen, in denen der Luftstau infolge Baukäuflichkeit und Unterlassung von Reparaturen im höchsten Maße gesundheitsschädigend ist, warten die Wohnungssuchenden seit Jahren auf eine Wiederaufnahme der Bautätigkeit und eine durchgreifende Beschlagnahme von großen Wohnungen, um durch diese beiden Mittel das Wohnungselend zu lindern. Der Neubau von Wohnungen aber wird vor allem durch die Wuchergewinne, die die Baustoffindustrien erzielen, und die Untätigkeit der öffentlichen Körperschaften, die von der Sozialisierung des Wohnungsbaues nichts wissen wollen, fast unmöglich gemacht. Die Beschlagnahme von Wohnungen ist wegen der ungenügenden Organisation der Wohnungsämter, die dem schlechten Willen der alten Berliner- und mehr noch der westlichen Vorort-Verwaltungen zu danken ist, sowie dem aktiven und passiven Widerstand der Besitzenden, die über große Wohnungen verfügen, fast unwirksam geblieben.

Diese Schichten, d. h. jener überaus kleine Kreis von Besitzern größerer Wohnungen, die unbekümmert um die Wohnungsnot vieler Hunderttausende an ihrer eigenen Bequemlichkeit nicht rütteln lassen wollen, haben deshalb gegen die vom Kammerer vorgelegte Steuerordnung eine heftige Gegnerschaft entfaltet. Die gesamte bürgerliche Presse hat sich in ihren Dienst gestellt. Und im Steuerauspruch der Stadtverordnetenversammlung konnten die Vertreter der rechtsbürgerlichen Parteien ebenfalls den Eindruck nicht vermissen, daß auch ihre von vornherein ablehnende Haltung zu dieser Steuerordnung nur dem Bestreben zu danken ist, die Vorrechte der wenigen glücklichen Besitzer großer Wohnungen, die von Wohnungselend und Wohnungsmangel nichts wissen, aufrechtzuerhalten.

Es ist eine große Ironie der Geschichte, wenn behauptet wird, daß diese Wohnungsluxussteuer sich gerade gegen den Mittelstand richte. Unter Mittelstand wird jeder verständige Mensch nur die verhältnismäßig kleine Schicht des Kleinbürgertums, des Beamtentums und der höheren Angestellten verstehen, die infolge ihrer ökonomischen Notlage schon längst nicht mehr in der Lage ist, einen Wohnungsluxus zu treiben. Diese Schichten werden deshalb nur in den seltensten Ausnahmefällen von der Steuer betroffen werden.

Denn die Steuerordnung setzt den Wohnungsnotbedarf so hoch fest, daß mindestens neun Zehntel der gesamten Berliner Bevölkerung ihn nicht einmal erreichen. Für jede zu einem Hausstand gehörige Person wird ein Raum zugebilligt, und ein weiterer Raum bleibt ebenfalls steuerfrei, so daß eine vierköpfige Familie, auch wenn sich in ihr kleine Kinder befinden, den Anspruch auf fünf Räume hat. Einen so großen Wohnungsaufwand hat schon im Frieden der allergrößte Teil der Bevölkerung nicht treiben können, und erst recht nicht gegenwärtig.

Wie zutreffend das ist, geht aus der Reichszählung von 1918 deutlich hervor. Danach waren in der Stadt Berlin insgesamt 585 034 Wohnungen vorhanden.

Von diesen hatten nur:

1 Zimmer	235 262
2 Zimmer	202 176
3 Zimmer	67 033
4 Zimmer	35 358
5 Zimmer	16 576
6 Zimmer	8 302
7 Zimmer	4 168
8 Zimmer	2 160
9 Zimmer	1 164
10 Zimmer	684
11 und mehr Zimmer	1 311

Danach waren in Berlin dreiviertel aller Wohnungen Ein- und Zweizimmerwohnungen, von denen nicht eine einzige von dieser Steuer betroffen werden kann. Aber auch die Drei- und Vierzimmerwohnungen, von denen mehr als hunderttausend in Berlin vorhanden sind, werden nur in ganz verschwindenden Ausnahmefällen von der Steuer betroffen werden. Sofern in diesen Wohnungen Familien wohnen, ist auch hier die Steuerpflicht ohne weiteres aus-



geschlossen. Wenn aber in der heutigen Zeit irgendeine alleinstehende Person für sich mehr als zwei Räume in Anspruch nimmt, so ist es durchaus berechtigt, hierfür eine Steuer zu erheben, besonders wenn ihr Ertrag dazu dient, das Wohnungselend der großen Masse der Bevölkerung zu lindern, wie das in einer vom Ausschuss gleichzeitig angenommenen Entschließung gefordert wird.

Im übrigen sind aber die Steuerhöhen so niedrig gehalten und der Wohnungsnotbedarf so hoch angesehen, daß die unabhängigen Vertreter im Ausschuss sich nur schwer entschließen haben, der Vorlage ihre Zustimmung zu geben. Der Ausschuss hat unter Ablehnung der weitergehenden Anträge der Unabhängigen Fraktion die vom Magistrat vorgelegten Sätze angenommen. Danach wird der erste den Normalbedarf übersteigende Wohnraum mit jährlich 500 Mark besteuert, für zwei Wohnräume werden 1000, für drei 2000, für vier 5000, für fünf 10 000 und für jeden weiteren Wohnraum 5000 Mark erhoben. Unbillige Härten können bei diesen Steuerhöhen, insbesondere da die freiwillige Abgabe von Wohnräumen überhaupt die Möglichkeit zur Vermeidung der Steuerpflicht bietet, gar nicht entstehen. Andererseits wird aber der Wohnungsluxus durchaus nicht mit den Beträgen herangezogen, die durch die Notlage der städtischen Finanzen und die Notwendigkeit der Vermeidung von Wohnungsluxus und der Milderung der Wohnungsnot durch Abgabe von Wohnräumen gegeben ist.

Denn es darf doch bei der Beurteilung dieser Steuer nicht außer Acht gelassen werden, daß sie nicht nur finanzielle Gesichtspunkte verfolgt, sondern vor allem auch die Milderung der Wohnungsnot durch Abgabe von Räumen an Wohnungsbedürftige. Für die Unabhängige Fraktion war dieser Gesichtspunkt der entscheidende. Denn da sowohl der Appell an die freiwillige Abgabe von Wohnräumen völlig wirkungslos geblieben ist, als auch die Zwangsversteigerung durch die Wohnungsämter, so blieb kein anderer Weg übrig, als durch den Druck auf den Geldbeutel diejenigen, die im Besitz überflüssiger Wohnräume sich befinden, zu zwingen, Wohnräume abzugeben.

Aber auch hierbei sind Härten, durch die Eigentümer kleiner Wohnungen mit geringem Einkommen unbillig betroffen würden, durchaus zu vermeiden gesucht worden. In dem § 9 der Steuerordnung ist dem Steuerpflichtigen das Recht eingeräumt worden, dem Wohnungsamt einen Raum oder mehrere Räume, die sich nach Lage und Beschaffenheit für Zwecke anderer Mieter eignen, zur Verfügung zu stellen. Die zur Verfügung gestellten Räume werden mit dem Beginn des folgenden Monats bei der Berechnung der Steuer berücksichtigt und der entsprechende Steuerbetrag abgezogen. Die Berücksichtigung findet allerdings nicht statt, wenn der Steuerpflichtige die Vermietung an ihm zugewiesene Mietslustige ohne genügenden Grund ablehnt oder die Vermietung dadurch verhindert, daß er unangemessene Forderungen an die Mietslustigen stellt.

Um diesen § 9 entspann sich im Ausschuss ein lebhafter Kampf, der damit endete, daß sich den sozialistischen Parteien die geschlossene Front des Bürgertums entgegenstellte. In der ersten Lesung war diesem Paragraphen durch Zufall ein zweiter Absatz angefügt worden, durch den die Besitzer großer Wohnungen mit überflüssigen Räumen geradezu zur Hebertretung der Bestimmungen der Steuerordnung und zur Steuerhinterziehung angereizt wurden. In der zweiten Lesung wurde dieser Absatz gestrichen, und nun stimmten sämtliche bürgerlichen Parteien gegen die Vorlage überhaupt.

Damit haben die bürgerlichen Parteien deutlich gezeigt, daß ihnen nichts an der Beseitigung des Wohnungselends und ebensowenig an der Gesundung der Finanzverhältnisse Berlins gelegen ist. Ihr leitendes Motiv bei den Beratungen dieser Steuerordnung war der Schutz der Inhaber von überflüssigen Wohnräumen, was in Berlin fast gleichbedeutend ist mit dem Schutz der Besitzer großer Wohnungen. Sie wägen sie diesen Gedanken nicht zu vertreten. Sie suchten deshalb nach einer Möglichkeit der Umgehung dieser Steuerordnung, die sie in dem zweiten Absatz des § 9 gefunden hatten. Als sie dieses Spiel durchschaut sahen, warfen sie die Maske ab und bekannten sich offen als Gegner der Vorlage, mit der eine, wenn auch ungenügende, Bekämpfung des Wohnungsluxus wirksam eingeleitet wird.

Denn die Wohnungsluxussteuer in ihrer jetzigen Gestalt ist eine ausgesprochene Luxussteuer. Sie trifft nur diejenigen, die ohne soziales Empfinden für die ungeheure Not der großen Masse der Wohnungsuchenden an ihren Vor-

rechten festhalten wollen, eröffnet aber die Aussicht, einem kleinen Teil der Wohnungsuchenden Unterkunft zu verschaffen und einige zwanzig Millionen Mark zu erhalten, die ebenfalls der Bekämpfung der Wohnungsnot dienen sollen.

## Orgesch in Schlesien

Die reaktionäre Presse berichtete dieser Tage mit besonderer Genugtuung von der Aufhebung eines Orgeschverbots in Schlesien. Zwar ist diese vom Breslauer Bezirksauschuss verhängte Aufhebung nur aus formalen Gründen erfolgt, und sie ist auch noch nicht endgültig, da gegen diesen Beschluß vom Reichsanwalt Berufung eingelegt worden ist. Dennoch triumphieren die Eisherich-Freunde im ganzen Reich und suchen der einstweiligen Aufhebung des Verbotes die Deutung zu geben, als habe dadurch ausdrücklich der nicht verfassungswidrige Charakter dieser monarchistischen Geheimorganisation anerkannt werden müssen.

Wie wenig das der Fall ist, wie sehr auch die schlesischen Zweigorganisationen der Orgesch nichts anderes sind als Sturmtrupps der Reaktion, das bemessen wieder einmal einige Dokumente über die Orgeschvereine, die die Waldenburger rechtssozialistische „Bergwacht“ veröffentlicht.

Bei einer Hausungung bei einem Angestellten der Orgesch in Bad Salzbrunn bei Waldenburg, dem Bureauangestellten Claus Hoff, fand die Polizei unter zahlreichen Schriftstücken der „Selbstschutzborganisation“ auch einen vollständigen Feldzugsplan für die Waldenburger Kreisabteilung. Die beigefügten Generalkarten und eine besondere „Erläuterung“ geben den Orgeschleuten die nötigen Anweisungen für den kommenden Putsch. Sämtliche Personen bis zu 45 Jahren sollen die Einschüchterung des Industriegebietes übernehmen, während die älteren Personen Rekrute und Rückendeckung bilden. Ferner wird „für kritische Zeiten unbedingt ein dauerndes Flaggensystem“ für das Land geplant vorhanden ist, verlangt. Und unter Ziffer 6 dieser famosen „Erläuterung“ heißt es weiter wörtlich:

„Der Zerstörung preisgegeben sind: Sämtliche Gruben- und Industrieanlagen.

Besonders aber wird sich die Wut der Arbeiter auf die Quellen und Auzerichtungen des Bades Salzbrunn richten.“ Dieser famose Schlachtplan läßt an Deutlichkeit über seine Absichten und Ziele nichts zu wünschen übrig. Die Reaktion rüftet auch in Schlesien mit aller Macht für den neuen Putsch. Der Plan ist, da der Herr Hoff wegen Urkundenfälschung und Betrug verhaftet wurde, in die Hände der Polizei gefallen. Dennoch ist kaum anzunehmen, daß gegen die Mitglieder dieses „Ortschutzvereins“ etwas unternommen wird, denn Herr Esherich pfeift auf die Gesetze und das Verbot Herrn Severings in Schlesien so gut wie in Bayern und Ostpreußen. Und er findet bei preussischen Verwaltungsrichtern, wie die am Breslauer Bezirksauschuss willige Unterfertigung.

## Der Prophet

Der Akerweltschwärmer Ludendorff hat sich dem Vertreter eines brasilianischen Blattes gegenüber auch über die Frage der Monarchie ausgesprochen und dabei erklärt:

„Die Monarchie muß wiederkehren, weil sie die einzige Regierungsform ist, die dem deutschen Volke die Freiheit wiedergeben kann. Die gegenwärtigen Staatsverrichtungen bilden in unserer Geschichte nur eine augenblickliche Krise.“

Ludendorffs prophetische Begabung hat schon während des Weltkrieges elend Schiffbruch gelitten. Duzendmal sagte er den bevorstehenden Sieg über die „Feinde“ voraus, Hochs Rekrutenarmeen standen bei ihm nur auf dem Papier, der Amerikaner war für ihn ein Gegner, der nicht in Betracht kam, und als er, mit diesem wunderbaren Scharfsinn begabt, die wehrlosen, belagerten und betrogenen Soldatenmassen in die sichere Niederlage geführt hatte, als die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten war, da rief der „große Feldherr“, bei jedem Mutes, aus, zog sich aus seinem kugelsicheren Hauptquartier ins idyllische Schweden zurück. Ein Mann von solchen Qualitäten ist sicherlich nicht berufen, den Propheten zu spielen. Sollte er aber tatsächlich an seinem Unföhlen glauben, was immerhin möglich wäre angesichts der Tatsache, daß während des Weltkrieges ein politischer Narr, der berüchtigte Oberst Bauer, kein geistiger Berater war, sollte Ludendorff tatsächlich an eine Wiederkehr der Monarchie glauben, dann wird er eines Tages eine Enttäuschung erleben, noch grausamer als die vom 9. November 1918.

taktismus? O nein! Die Maler sind dort nicht rückwärts gegangen, auch nicht stehengeblieben, sondern sie sind ein gewaltiges Stück vorwärts geschritten. Sie sind zu einer Härte, Strenge und Exaktheit der Abstraktion gekommen, vor deren in rücksichtslosen Spannungen klingender Geistigkeit man zum ersten Male mit einem Rechte von einem Stil unserer Zeit sprechen darf.

Ich möchte meinen Lesern dringend raten, die Kollektion zu besuchen, die Arbeiten von Gleizes, Marcoussis und Billoin, sowie die schon früher gezeigten der Tour Donas auf das aufmerksamste zu betrachten und — aus der Not eine Tugend machend — die Malereien der Tert-Desaunay und des Evola als Gegenbeispiele zu benutzen. Ich weiß sehr wohl, daß es für den Neuling schwer ist, zu erkennen, warum ich wohl hier vom Anfang eines Stiles unserer Zeit spreche. Ich möchte aber bei der großen Wichtigkeit der Ausstellung vorschlagen, daß wir einen Meinungsaustausch vorbereiten. Jeder Brief mit Angabe, wo die Schwierigkeiten des Verständnisses stecken oder auch wo Verbindungen tatsächlich empfunden werden, soll mir hochwillkommen sein. Es dürfte sich ermöglichen lassen, dann entweder hier in einem zweiten Aufsatz oder vielleicht auch in einer mündlichen Aussprache in der Ausstellung das Verständnis weiterzuführen. Es sollte doch jeder Mensch, der geistige Interessen hat, es mit als die wichtigste Aufgabe erkennen, daß er die Kunst seiner Epoche in ihrer Notwendigkeit begreife — die Kunst, in der auch er selbst enthalten ist, ob er sich auch meist noch gegen diese Erkenntnis wehrt.

Und gerade für den Sozialisten liegt ein besonderer Grund vor, sich dieser Kunst freudig zu öffnen — sei es auch nur, weil die menschlich-politische Bestimmung der Künstler der seinen nahe verwandt ist. Die in der Pariser „Section d'or“ zusammengekommenen französischen Kubisten, von denen in der Sturm-Ausstellung einige sehr wichtige, wie vor allem Fernand Léger, fehlen, wählten einige unserer radikalsten Künstler (u. a. Feininger, Klee, Hebel, Gros, Campendonk) zu Mitgliedern, luden sie zur Ausstellung 1921 nach Paris ein und wollen unter der Voraussetzung völliger Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit deutsch-französische Austausch-Ausstellungen durchführen... denn sie sind alle Internationalisten und Pazifisten, was wohl der „Sturm“ nun auch wieder ist. Die Akademien der alliierten Länder dagegen beschließen in Brüssel, die deutschen Akademiker von der geplanten internationalen Union der Akademien aus hawinistischen Gründen auszuschließen. Und wie die Chauvinisten bei uns die neue deutsche Kunst betrachten,

## Bayern in Bedrängnis

Die bayrische Orgesch-Presse war über die Nachricht, daß England mit Frankreich in der Einwohnerwehrfrage nicht ganz übereinstimme, hocherfreut und sah schon lippig den Weigen der monarchistischen Reaktion wachsen. Ueber Nacht ist plötzlich ein Reif auf die grüne Saat gefallen. Im „Manchester Guardian“ war der Vorschlag gemacht worden, statt des Ruhrgebietes München zu besetzen, und dieser Vorschlag hat in der gesamten englischen Presse lebhaften Widerhall gefunden. Orgesch-Bayern ist dadurch stark ernüchtert. Die „Süddeutsche demokratische Korrespondenz“, die bisher die Orgeschpolitik der Regierung Kabt geführt hat, lenkt scharf ein und warnt die rechtsstehenden Kreise vor alzu großem Optimismus.

Das Blatt fragt, was werden soll, wenn die Entscheidung der Entente anders ausfällt, als man in Bayern hofft und wünscht? Wenn die Franzosen die Entwaffnung und Auflösung der Wehren zum Gegenstand einer ausgedehnten politischen Aktion machen würden, so treffe daran in erster Linie die Kreise um den „Bayrischen Courier“ die Schuld. Das Wort Heim: „Sie sollen nur kommen und die Waffen selbst holen!“ zeige den robusten Mann, verrate aber unjoweniger den Staatspolitiker.

## Oesterreichischer Nationalrat

### Debatte über den Anschluß an Deutschland

In der gestrigen Sitzung des österreichischen Nationalrates richtete der Bundeskanzler über die beispiellose Verarmung der breiten Massen, woran vorwiegend die Geldentwertung Schuld trage, die eine der unglücklichsten Folgen des unglücklichen Friedens von St. Germain sei, und deren Kuhnicker, das verbrecherische Parasitentum der Prestreiter und Schleichhändler, das letzte Mark des Volkes aufschreie. Der Kanzler kündigte die Vorlage eines Gesetzesentwurfes wegen der Staffelung der Lebensmittelpreise und wegen neuerlicher Einführung der Brotausgabe an, wodurch die Staatszuschüsse zum Höchstpreis, welche die Hauptursache des Defizits bilden, verringert werden sollen. Er gab ferner die feste Absicht der Regierung bekannt, mit aller Strenge den Rest des inländischen Getreidekontingents einzufordern.

Der Bundeskanzler stellte ein allmähliches Fortschreiten der industriellen und gewerblichen Tätigkeit fest, soweit sie nicht vom Abzug von Rohstoffen aus dem Auslande abhängig sei. Die Abhängigkeit der Balata und des Rohstoffbezuges bilde die Hauptquelle der wirtschaftlichen Berelendung. Dagegen habe die Arbeitslosigkeit mindestens stark abgenommen. Es wird überall gearbeitet, wo sich Arbeitsgelegenheit findet. Das einzige Mittel zur Abhilfe der fortwährenden Preissteigerung, die den auf feste Bezüge in Kronen angewiesenen Oesterreicher in seiner Lebenshaltung von Tag zu Tag härter bedrohe, sei die ausländische Kredithilfe. Gegenwärtig fanden zwischen den Großmächten der Entente intensive Verhandlungen statt. Die Regierung habe die Großmächte nicht im Unklaren gelassen, daß die österreichische Volkswirtschaft in kürzester Zeit zusammenbrechen muß, wenn dieser Kredit nicht alsbald bewilligt werden sollte.

In der darauffolgenden Debatte wurde von den Vertretern der verschiedenen Organisationen der Anschluß an Deutschland als einzig wirksame Hilfe bezeichnet. Der Delegierte des Reichswirtschaftsbundes der Postangestellten erklärte: Es kann uns nur geholfen werden, wenn der Ruf verwirklicht wird, den die Regierung und die Bürger zusammen erheben müssen: Oesterreich ist kein lebendes Deutschland! — Der Delegierte des Wirtschaftskongresses der städtischen Angestellten betonte, in einer Resolution wäre dem Entente zu lagen, daß nur eine Rekonstruktion des Friedensvertrages, die bis zu einem bestimmten Termin zu erfolgen habe, helfen könne. Wenn bis zu diesem Termin ein lebensfähiges Oesterreich nicht geschaffen werde, müßte Oesterreich selbst den Anschluß an Deutschland erklären.

## Postbeamtenstreik in Oesterreich

Wien, 12. Januar.

Der Streik der Postangestellten ist gestern abend sechs Uhr in Wien und in der Provinz ausgebrochen. Die deutschnationalen und christlich-sozialen Angestellten erklärten sich als arbeitswillig. Es wird aber bezweifelt, ob diese den Poststreik aufrechterhalten können. Falls die Forderungen der Postbeamten binnen 24 Stunden nicht bewilligt werden, treten heute abend die Telephon- und Telegraphenangestellten in den Sympathiestreik. Auch in Graz sind die Postangestellten in den Aufstand getreten. Die Ursache des Streiks ist die gleiche wie in Wien.

## Die Kunst in diesem Augenblick

### Eine französische Ausstellung in Berlin.

Wer erfahren will, wo die Kunst in diesem Augenblick steht, der wird mit Vorteil — statt Hausenstein's Buch zu lesen, das diesen Titel trägt — die Ausstellung französischer Kunst im „Sturm“ (Potsdamer Straße 134 A) besuchen.

Die Trennung von der Kunst Frankreichs durch sechs Jahre ist unseren Malern nicht sehr gut bekommen. Einige wenige haben in strenger und reinlicher Arbeit, die höchste Achtung weckt, ihr Werk weitergeführt. Aber die meisten sind wild, geistlos und oft auch unausrichtig geworden. „Expressionismus“ wurde die Parole, wurde fast die „nationale“ deutsche Kunst. Solange die Grenzen gesperrt waren, freute man sich mächtig darüber, wie modern die deutsche Kunst sei — fast an der Spitze aller Völker. Denn wo schwoll der Expressionismus so breit wie bei uns? Aber mit Kriegsende bekamen die expressionistischsten Expressionisten mehr und mehr verlegene Gesichter. Es war Kunde vom Westen durchgedrungen, die Expressionisten und Kubisten in Frankreich malten wieder à la Ingres, das heißt akademisch, traditionell, gegenständlich — vielleicht naturalistisch?

Die Expressionisten wurden recht unsicher — und Hausenstein fand den Mut, seinen Vuhang zum Naturalismus zu predigen.

Nun leben wir im Sturm zum ersten Male wieder französische Maler mit ihren letzten Arbeiten, führende Künstler ihres Volkes, Gleizes vor allem, dann Marcoussis und Billoin. (Schade, daß der „Sturm“ diese wunderbare Kollektion durch die wenig erfreulichen Arbeiten Evolas und Sonja Tert-Desaunays beeinträchtigt). Ich glaube, diese herrlichen Bilder können manchen Spul bei uns hängen. Wir brauchen die künstlerisch-geistige Verbindung mit dem Westen und der letzten geistigen Verbindung mit dem Westen und der „Sturm“ würde uns zu Dank verpflichten, wenn er seine frühere verdienstliche Arbeit des internationalen Austausches wieder aufnimmt. Das organisatorische Geschäft ist ja vorhanden. Wir müssen aber verlangen, daß er die während des Krieges bei uns eingeriffene Kritiklosigkeit zu Ende sein lasse. Als national-preussische Erlaubnisse waren die Expressionisten der Bauer, Nebel und Kell Baden vielleicht zeitgemäß. Sie nach dieser Kollektion noch jemals herauszubringen, würde gewissenlos sein und würde die Ausstellung und die Aussteller der Väterlichkeit auslösen.

Die französischen Bilder sind nicht mehr Expressionismus — wie man in Deutschland Expressionismus versteht. Also Natu-

zeigte sehr deutlich vor kurzem ein Kuffah der aldenischen „Post“ (28. November 1920) „Der Schieber und die Kunst“. Da wird die neue Kunst griesgrämig eine Milchschwester der Revolution genannt und behauptet, daß sie „auf schieberische Elemente umfasse“. Schließlich wird sie zur Gaunersprache in Parallele gestellt!

Wir aber hoffen, daß der Geist vorurteilsloser sozialistischer Arbeiter diese neue Kunst ergreife. Denn es ist wirklich wieder eine neue Kunst. Denken wir vor diesen Bildern um 9 bis 10 Jahre zurück an den Beginn der Kunsterneuerung, so erscheint uns der Abstand von den frühen Kottokas, Kandinskys, Delaunays nicht geringer, als damals der Abstand von den Naturalisten war. Wir sind mitten in einer vollständig erneuerten Kunstrevolution, die, wie seit Generationen, ihren härtesten Antriebe im Westen haben. Die künstlerische Revolutionierung ging der politischen voraus, und sie unterscheidet sich von der politischen auch dadurch, daß sie auch nicht vorübergehend zum Stillstand gekommen ist. Die neue Kunst wird den neuen Menschen schaffen, ohne dessen Existenz alle Aenderung der Welt sinnlos ist.

Was aber jetzt an der Kunst des Westens so wichtig ist, ist die Tatsache, daß sie (Voraussetzung jeden Stiles) den Weg zum Individualismus zum Kollektivismus, d. h. vom Einzelwesen zur Gemeinschaft, beschritten hat. Adolf Behne

## Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft

Der Präsident der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft verbreitet folgenden Aufruf:

„Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ist am 30. Oktober 1920 als die Vereinigung aller großen wissenschaftlichen Körperschaften Deutschlands ins Leben getreten. Am 23. November hat eine im großen Sitzungssaal des Reichstages veranstaltete Kundgebung hervorragender Forscher die unermesslichen Folgen dargelegt, die der Zusammenbruch unserer Forschung für Kultur, Wirtschaft und Volksgesundheit nach sich ziehen muß. Am 14. Dezember ist durch die Stifterkonferenz der Notgemeinschaft begründet worden, der die Notgemeinschaft gemeinsam über die von privater Seite eingehenden Sammlungen zu verfügen berufen ist. Damit ist die Organisationsfrage nach allen Richtungen abgeschlossen. Die durch die Stifterkonferenz vorgezeichneten 21 Fachauschüsse sind bis auf wenige ernannt und bereits am Werke, auf den einzelnen Wissensgebieten Richtlinien und Verteilungspläne aufzustellen. Einstweilen führen diese Arbeiten aber nur tiefer in







